

SPD-Fraktion

CDU-Fraktion

FDP-Fraktion

Fraktion buergerunion marl

Fraktion DIE LINKE

Herrn Bürgermeister
Werner Arndt
Rathaus

Marl, 14.11.2013

Gemeinsame Resolution der Fraktionen SPD, CDU, FDP, buergerunion marl und DIE LINKE betr.: Keine Forensik im Landschafts-, Wasserschutz- und Naherholungsgebiet in Haard und Hoher Mark

Der Rat der Stadt Marl bekräftigt nach der Bekanntgabe des Forensik-Standortes Schachtanlage Haltern I/II seine ablehnende Haltung vom 13.06.2013 und fordert die Landesregierung auf, die Planung für diese Standorte nicht weiter zu verfolgen.

Die in der öffentlichen Veranstaltung am 7. November im Marler Rathaus genannten Kriterien stellen keine nachvollziehbare Begründung für die getroffene Standortentscheidung dar.

Die Haardklinik ist eine der größten Fachkliniken für Kinder- und Jugendpsychiatrie und gilt als eine hervorragende Adresse. Für fast jährlich 1000 junge Patientinnen und Patienten ist diese renommierte Klinik ein Ort, der ihnen Hilfe, Unterstützung und Heilung bringt. Eine forensische Einrichtung am Standort „Haltern I/II“ würde sich insofern immer in erster Linie gegen die Klinik und die dort zusätzlich installierten Angebote (Fußballschule, Reiten usw.) richten und zudem zu Lasten der jungen Menschen gehen, die dort Hilfe erfahren.

Marl, Haltern und der Kreis Recklinghausen haben erhebliche Probleme mit den negativen Auswirkungen des Strukturwandels in unserer Region. Diese Situation wird sich für Marl in den Jahren 2015/16 noch erheblich verschärfen, wenn AV geschlossen wird. Eine erhebliche Anzahl von Arbeitsplätzen geht verloren, die Einwohnerzahlen werden drastisch sinken. Die damit einhergehenden finanziellen Probleme sind hinreichend bekannt. Um diesem negativen Trend entgegen zu wirken, müssen sich alle gesellschaftlichen Kräfte für eine positive Entwicklung engagieren. Nur so ist Marl für die Ansiedlung von jungen Familien, kleinen und mittelständischen Unternehmen interessant.

Das angeführte Kriterium Versorgung in den Grenzen des Landgerichtsbezirk Essen überbewertet historische Entwicklung und lässt regionale Bezüge ohne Begründung außer Acht. Mit dem Forensik-Standort Herne leistet die Region bereits einen wesentlichen Beitrag zur dezentralen Unterbringung der Patienten.

Die Notwendigkeit, die forensische Versorgung unter dem Gesichtspunkt der Dezentralität weiter zu entwickeln, wird von uns nicht in Zweifel gezogen. Dies entbindet die Landesregierung nicht von ihrer Aufgabe, transparente Entscheidungen zu treffen und lokale und regionale Gesichtspunkte ausreichend zu berücksichtigen. Beides wird mit der getroffenen Standortentscheidung nicht erfüllt.

Aufgrund der Stadtgrenzen überschreitenden Auswirkungen wird die Stadt Marl (Verwaltung und Politik) eine Kooperation mit

- der Stadt Haltern am See,
- den zuständigen behördlichen Stellen der Bezirksregierungen Münster und Arnsberg sowie des Kreises Recklinghausen

suchen und ist bereit, im Sinne eines transparenten Entscheidungsweges, die Landesregierung zu unterstützen.

SPD-Fraktion:	Peter Wenzel
CDU-Fraktion:	Karl-Heinz Dargel
FDP-Fraktion	Robert Heinze
Buergerunion marl	Horst Andes
Fraktion DIE LINKE	Claudia Fleisch